



Bild von Erik Eris auf Pixabay

„Gewalt in der Sprache“ / „Sprache schafft Wirklichkeit“

## Rassismus und Antirassismus - eine Gegenrede

von Frank Bernhardt

### Über allem steht die Frage: „Was ist Rassismus“?

Zum 10. Jahrestag des Bekanntwerdens der NSU-Mordserie kritisierte der Bundespräsident den „hemmungslosen(n) Rassismus“ (ARD-Text, 11/21) in dieser Republik, der längst in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. Darin zeige sich eine „Fremdenfeindlichkeit, die niemals geduldet werde“.

„Rassismus wirksam bekämpfen“ ([www.dgb.de](http://www.dgb.de) 2/21) will der DGB. Die Bundes-GEW spricht von „Rassismus“, der „allgegenwärtig“ (E & W, 09/18) ist, sie will „über Erscheinungsformen, Ursachen sowie Auswirkungen“ ([www.gew.de](http://www.gew.de)) aufklären. Der LV Bayern schreibt zu dem Thema: „Nationalistische und rechtspopulistische Bewegungen erstarren, rassistische Hetze und Gewalt ... nehmen zu“. Rassistisch motivierte Gewalt geht mit „Ausgrenzung“ einher und hat z. T. brutale „Folgen“ ([www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)), „214 Todesopfer“ sind seit 1990 ([www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de) 12/21) zu beklagen. Auch im LV HH ist „Rassismus“ und seine Antipode ein Schwerpunkt. Der „Bleiberechtausschuss“ - jetzt

„LAMBDA“ - sagt u. a. „Rassismus und Rechtsentwicklung“ ([www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de)) den Kampf an.

Also scheint allgemein anerkannt, bedingungslos die „Ursachen“ für „Rassismus“, „Ausgrenzung“, „Nationalismus“, „Hetze und Gewalt“ herauszuarbeiten. Dabei wäre zu klären, ob die näheren Bestimmungen den Sachverhalt treffen oder ob Leerstellen in der Argumentation existieren? Warum gibt es diese Vorbehalte gegen Nicht-Deutsche bis zu Drangsalierung und Mord? Und haben Ausgrenzung in den Köpfen von Millionen und das radikale Zuschlagen derjenigen, die das Vorhandensein von nicht hier Geborenen keinesfalls aushalten, denn so gar nichts mit der Grenzziehung von Nationalstaaten und der dazu passenden Ausländerpolitik zu tun?

## Die globalisierte Welt

Hervorgebracht hat sie eine Sortierung der Staatenwelt in ökonomischer Sicht mit sehr ungleichen bis entgegengesetzten Resultaten. Daraus resultiert eine abgestufte Rangfolge: Über allen thronen die „Weltwirtschaftsmächte“, früher einmal die „G 8“- mittlerweile um Russland dezimiert. Mit den „Schwellenländern“ zusammen, die „G 20“. Dann gibt es Zusammenschlüsse wie die OECD,



Die G8-Staaten mit Russland

Bild von [MasterTux](#) auf [Pixabay](#)

das sind die entwickelten Staaten, momentan 38, dazu kommen verschiedene Wirtschaftsbündnisse. Ziemlich weit unten dann die HICs, so die 40 „Hochverschuldeten armen Länder“. Denen wurden Ende des letzten Jahrhunderts teilweise die „Schulden“ storniert oder Umbuchungen vorgenommen. Diese Einordnung nimmt der kleine Kreis der Weltmarktführer zusammen mit dem IWF und der Weltbank vor. Die `Schlusslichter´ bilden in dieser Hierarchie die „failed states“. Als Gewaltmonopol existieren sie nicht oder nur noch partiell; von einer Nationalökonomie, die den Staat `ernährt´, ist nicht zu sprechen. Ein Interesse der imperialen Länder an den „Hinterhöfen“ der Welt gibt es nur, wo noch Rohstoffe oder Produkte aus der Landwirtschaft („Cash-Crops“) zu holen sind.

*(Wer sich näher mit dem Neusprech der sprachkritischen Antirassisten befassen will, die gegen die sprachlichen Ausdrücke und weniger gegen die Verhältnisse polemisieren und an dieser Weltordnung solche Begrifflichkeiten wie „Entwicklungshilfe und -politik“ u.v.a.m. durch neutrale ersetzen wollen, findet diese unter <https://cba.fro.at/537583> oder umfassender unter <https://cba.fro.at/podcast/kein-kommentar> mit fundierten Analysen auch zu anderen Gegenständen in Schrift und Ton!)*

## Die krassen Unterschiede des „Wir“ und der Umgang mit den „Fremden“

Was im Antidiskriminierungsartikel des GG dagegen nicht aufgeführt ist, soll man sich als eine quasi angeborene, natürliche Eigenart der meisten Menschen vorstellen: Die Rede ist vom Geldmangel. Die vorhandenen Gütermengen sind riesig, sie tragen ein Preisschild und verkauft sollen werden. Da aber Geld für viele Mangelware ist, kommt es zu diesem Notstand, der heißt dann soziologisch „soziale Benachteiligung“ und fällt nicht unter rechtliche Diskriminierung!

Die meisten demokratischen Politiker verurteilen den sich rasant ausbreitenden „Rassismus“. Ist diese plakative Abgrenzung ausreichend? Für die Politik scheint es eindeutig zu sein, dass die zentrale Differenz zwischen „uns“ und den „anderen“ nichts mit dieser gegenwärtigen Ordnung zu tun haben kann. Vielmehr soll es den „Anderen“ oder „Fremden“ in diesem Land nur am nötigen „Respekt“ durch die verwurzelten Einheimischen mangeln. So hat der neue Kanzler im Wahlkampf „mehr Respekt“ gefordert, mit ihm an der Macht soll z.B. der Armut der Billiglohn-Arbeiterschaft gar mit dem in Aussicht gestellten 12€-Mindestlohn begegnet werden. Allerdings sitzen die Unternehmen sowieso am längeren Hebel, nicht nur was die Preisgestaltung betrifft. Dazu die staatlich zugelassene, Fahrt aufnehmende Inflation mit den Folgen des rapiden „Verlust[es] von Kaufkraft“ ([www.bwl-lexikon.de](http://www.bwl-lexikon.de)), was einer Enteignung der abhängig Beschäftigten gleichkommt. Das soll es gewesen sein an Maßnahmen, mit denen „konsequent gegen jede Form von Diskriminierung“ (Werbeflugblatt „Respekt für dich - Kompetenz für Deutschland“, SPD.DE) vorgegangen wird? Auffallend der Übergang vom „Respekt“, der durch den Mindestlohn gesichert sein soll, zu Deutschland und seinen Vorhaben.

„Political Correctness“ aus der Zivilgesellschaft rekuriert auf zweifelhafte Begriffe und Requisiten aus der Kolonialzeit als Begründung für den Rassismus, die doch in „unserer“ demokratischen Gegenwartsordnung nichts zu suchen hätten. Daher sollen hier die Sprachentgleisungen, hinter denen „Rassismus“ verortet wird, konkret die Thesen „Gewalt in der Sprache“ und „Sprache schafft Wirklichkeit“ auf ihren Gehalt hinterfragt werden.



Bild von [fSHH](#) auf [Pixabay](#)

## Politische Korrektheit

Die Anwälte der „Political Correctness“ sind in Sachen saubere Sprache schon lange unterwegs. Die GroKo und weitere Parteien, haben sich der Debatte über den Verbleib des Wortes „Rasse“ im GG ([www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) 3/21) angenommen. Da ist man sofort versucht, nachzufragen: Was bewegt bürgerliche Politik, den Begriff zu eliminieren? Das GG, die „Satzung des Staates“ ([de.gegenstandspunkt.com](http://de.gegenstandspunkt.com) 3/20, S. 1 ff.), wird in Festakten mit seinen drei Säulen - „Freiheit, Gleichheit und Würde“ - regelmäßig feierlich `gesalbt`. Klar, niemand will die staatlich gewährte „Freiheit“ gegen die persönliche Abhängigkeit im Feudalismus zurücktauschen. Die „Gleichheit“ besteht vor dem Gesetz, materiell gibt es sie bei den gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit nicht, die Art der Einkommensquelle ist doch für die Mittelbeschaffung entscheidend.

Allen Gesellschaftsmitgliedern ist zudem das hohe Gut der „Menschenwürde“ gesetzlich zugesichert, sie dürfen ihre Meinung kundtun, nur wenige sind vom Wählen ausgeschlossen, vielen wird also eine gewisse Form der Mitsprache zugestanden. Aber warum sind Essen, Wohnraum und Kleidung – um Grundbedürfnisse zu nennen - nicht ausreichend vorhanden? Das Dasein als Staatsbürger hat mit ihrer materiellen Existenz eben nichts zu tun. Die „verfassungsmäßige Hausordnung“ rühmt sich, eine `gute Ordnung` mit viel Humanismus zu sein. Und doch funktionieren die hehren Werte nur mit jeder Menge Gewalt.

## Wissenschaft über Rassen

„Rassen, gibt’s doch gar nicht“ ([www.bpb.de](http://www.bpb.de) 12/15) titelt die Bundeszentrale für politische Bildung und komplettiert: Die sind „längst wissenschaftlich widerlegt“. Und dann der psychologische Nachschlag: Ihre Existenz hat sich in „unbewussten Denkstrukturen“ der Köpfe verfestigt. Lange Zeit ein biologisches Kriterium der Einteilung in Wissenschaft und Politik, ist „Rasse“ jetzt antiquiert und dennoch weiterhin real. Damals wurde die gewaltsame Benutzung schwarzer Menschen in der Sklaverei ihrer Eigenart zugeschrieben, „die Natur“ habe den Schwarzen „zu dieser Knechtschaftslage bestimmt“, weil er „stark“ und damit „kräftig zur Arbeit“ ist, „verweigerte“ ihm jedoch „den Willen zur Arbeit“, und so stellte ihm „die Natur einen Herrn zur Seite“, damit er ihn für seine „Dienste“ vernutzen konnte (siehe MEW 25, 399, wo der Standpunkt der Sklavhalter zitiert wird).

Die Streichung von „Rasse“ soll es bringen, dann verschwindet auch der „ismus“? Und wo er doch allen Umfragen und Untersuchungen zufolge seit Jahren in nicht unbedeutenden Prozentzahlen existiert. Wenn der Bundespräsident ihn energisch bekämpfen will, dann geht es eher um eine Antwort mittels Staatsgewalt (Verfassungsschutz, Polizei). Eine sachliche Auseinandersetzung wurde zwar gefordert, ist allerdings kaum erfolgt!

Die Quintessenz, der „Rassismus“ würde sich damit erledigen, weil jegliche „Form von Diskriminierung“ ([www.SP.D.DE](http://www.SP.D.DE)) ausgeschlossen wäre, ist ein `frommer` Wunsch. Trotz „Diskriminierungsverbot“ (GG, Art. 3) ist der Rassismus „allgegenwärtig“. Und weder im GG

noch sonst wo ist, wie gesagt, die umfassende und flächendeckende Benachteiligung auf diesem Globus aufgeführt: der Geldmangel! Geld ist gesellschaftlich vorgegeben und geachtet, gewissermaßen als ein natürliches, den Menschen zugehöriges Mittel. Allerdings strampelt sich das Gros damit ein Leben lang ab. Wer sich Dinge nicht kaufen kann, weil alles einen Preis hat und seine Geldbörse das nicht hergibt, ist im soziologischen Sinn „benachteiligt“, was indes keine Diskriminierung bedeutet. Der moralische Titel „ungerecht“ in Bezug auf die unterschiedlichen Einkommen wird von der Politik anerkannt und ist mit Einrichtungen und Prozeduren wie Gewerkschaften, Streiks, linke Parteien, Arbeits- und Sozialämter bis zu den Tafeln für Bedürftige als soziales Problem in Bearbeitung.

### **Antirassismus - einmal praktisch**

Die gängige Rassismuskritik führt dann zu folgenden `Erfolgsmeldungen´: „Niederländischer König lässt künftig goldene Kutsche wegen rassistischer Abbildung unbenutzt“ ([www.der-standard.at](http://www.der-standard.at) 1/22). Mit dem Einbringen des Prunks der damaligen Kolonialherren in Museen, samt der Streichung der Überbleibsel an Schimpfwörtern, Straßennamen und Denkmälern ist anscheinend für das Gros der Demokraten dieses Thema erledigt.

Aber sollen das die wesentlichen Bestimmungen des Rassismus sein? Wenn doch weiterhin Rassismus in dieser besten aller Welten, des freiheitlichen, demokratischen Kapitalismus einen festen Platz hat. Das liefe darauf hinaus, dass eine `gesäuberte´ Sprache Rassismus verhin- dert.

### **Antirassismus in der Sprache**

Antidiskriminierungsstellen der Politik und der Zivilgesellschaft wurden eröffnet und bieten, so das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) in Köln, unter dem Motto „Sprache schafft Wirklichkeit“ ein „Glossar für einen antirassistischen Sprachgebrauch“ an. Auch in der Sprachwissenschaft nimmt die Themenstellung mittlerweile einen gewissen Raum ein. Das Reden soll Macht ausüben, so war in einem „Seminarprojekt der TU Dresden“ die „Macht der Sprache“ Thema. Und dann soll Sprache sogar als „Gewaltmittel funktionieren“ (Hornscheidt 2009, 7). Da verblasen die vielen Toten, die der außenpolitischen Gewalt weltweit zuzurechnen sind.

Fühlt sich jemand durch ein Schimpfwort „verletzt“ oder es wirkte „wie ein Schlag ins Gesicht“. Hat man ihm etwa die Nase gebrochen? Oder wenn ein Mensch sich durch eine Aussage „gekränkt“ sieht, leidet er dadurch an Rückenschmerzen? Soll man die Auffassung von Philosophen (Herrmann und Kuch) teilen, dass in der „Umgangssprache der Bezug auf eine körperliche Verletzung zur Beschrei-



bung sprachlicher Gewalt fest verankert zu sein“ scheint? Ins gleiche Horn stößt J. L. Austins Entdeckung, dass „sprachliche Äußerungen ... die verschiedensten Arten von Handlungen vollziehen“ können (W. Stegmüller: Hauptströmungen der Gegenwartsphilosophie, Bd. 2, 1987). Ein verbaler Streit soll so etwa ein „Krieg der Worte“ sein? Wer ihn auf eine Stufe mit dem Grauen und Elend durch menschlichen Tod und sachliche Zerstörung stellen will, bagatellisiert solche Taten, die ja nun eindeutig aufgrund politischer Entscheidungen – einer Regierung, einer Verteidigungsministerin – ausgerufen werden. Weit gefehlt! Nehmen wir die Schulgesetze in den Bundesländern samt mit ihrem ständigen Reformbedarf: Hier handeln = beschließen die jeweils an der Macht befindlichen Ministerien darüber und lassen das dann mittels Schriftsprache in Gesetzesblätter übertragen. Sprache kann für sich nicht handeln.

### **Schafft Sprache Wirklichkeit?**

Der Projektbericht „Sprache und Diskriminierung“ (<https://tu-dresden.de>) will durch „Nachdenken über Sprache“ (2019, 9) deren Veränderung bewirken. Unbestritten, mit Worten wird auch gepöbelt, beschimpft, folglich diskriminiert. Einerseits geht das N-Wort auf das lateinische „niger“ - übersetzt: schwarz - zurück, trägt also nichts Beleidigendes in sich. Andererseits ist es ein Überbleibsel aus der mittlerweile vielerorten beanstandeten Sklaven- und Kolonialzeit, bis dato als Schimpfwort in erniedrigender Weise in Gebrauch. Im Projekt wird nun die gewagte These aufgestellt, dass das Ersetzen von Schimpfwörtern durch neutrale Begriffe zur „Bewältigung von Rassismus“ - so die „Wunschvorstellung“ - beitragen soll. Allerdings sind „gesellschaftliche Bedingungen [zu] verändern“, was eine „Kritik an den gesellschaftlichen Umständen“ voraussetzt.

Wird dieser Anspruch eingelöst? Wenn sich die Kritik an Sprache festmacht, was ist mit all den gesellschaftlichen Gegensätzen, die gesetzlich fixiert sind: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Mieter und Vermieter, Kunde und Amtsperson, Lehrer und Schüler? Eine universitäre Befassung sollte mit der Fragestellung „Warum?“ der Sache auf den Grund gehen. Leider kaprizieren sich die Verfasser\_innen fast verbissen auf Sprachkritik.

### **Die Scheidung in Wertvolle und Minderwertige**

Die demokratische Marktwirtschaft funktioniert nur über ein großes Regelwerk. Dafür ist die Politik mit ihrer Amtssprache verantwortlich, die Gesetze fixiert und über ihre Institutionen durchsetzt. Eine der vielen Regeln ist das Ausländerrecht, darin steht, was diese Menschen dürfen und was nicht. Daraus lässt sich ein Vergleich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen herleiten, den nicht nur Politiker in Gesetzesform kleiden, sondern der auch bei nicht wenigen Menschen verfängt, die Scheidung der Gesellschaft in Originaldeutsche und Minderberechtigte. Die Sortierung in wertvolle und minderwertige Menschengruppen, die hier an klingt, steht für Rassismus.

Der Alltag der Bürger\_innen ist durch die hoheitliche Gewalt vorgegeben: In der Schule haben die Zöglinge das Pensum zu lernen, dazu gesellt sich eine weitere Anforderung, besser und schneller zu sein als die Mitschüler. Auf dem Arbeitsmarkt muss man, weil man über keine andere Geldquelle verfügt, einen der viel beworbenen Arbeitsplätze ergattern, wozu man mit den anderen Mitbewerbern wie in der Schule einem Leistungsvergleich unterzogen wird. Was dabei herauskommt, muss sich letztendlich auf dem Markt für Konsumgüter und dem für Wohnungen bewähren, davon hängt ab, was zu kaufen ist und wovon man zu leben hat. Alternativen sind nicht vorgesehen.



*Suppenküche für Bedürftige*

Bild von [congerdesign](#) auf [Pixabay](#)

Gerade in der Weihnachtszeit, in der das Spendenwesen seinen Höhepunkt erfährt, sind die Meldungen in den Medien voll mit Berichten über Notlagen von Familien, die damit befasst sind, eine Entscheidung zu treffen, entweder ein Weihnachtsessen ausfallen lassen oder die Heizung absenken, auf ein paar Kleinigkeiten für die Kinder verzichten oder...! Auch hier lauter trostlose Alternativen.

Das Eigentum, der große Markt, die staatlichen Einrichtungen wie das Ausbildungswesen, Eheinstitut und Sozialversicherungen sind Hinweise auf einen dauerhaften Überlebenskampf. Allerorten begegnen einem Konkurrenten, die dem eigenen Interesse entgegenstehen.

Das führt zu wenigen Erfolgen, meist zu vielen Niederlagen. Ins System der Geldvermehrung ist man bedingungslos eingespannt, jeder ist „seines Glückes Schmied“, allerdings in den vorgegebenen Bahnen. Die Mehrheit in dieser Gesellschaft muss sich beim Geldverdienen mit ihrer Qualifikation/Fähigkeit brauchbar für eine Firma machen, dabei ist viel Arbeitsaufwand und Zurückhaltung bei der Entlohnung gefragt. Man erwirtschaftet ja mit seiner Arbeitskraft den Reichtum, der in anderen Händen landet. Mit den Über- und Unterordnungsverhältnissen dieser Ordnung ist mensch dauerhaft befasst.

Der Versuch, über politische Regeln zu einem Verbot fraglicher Ausdrücke zu kommen, um diese Welt etwas erträglicher zu gestalten, ist verfehlt. Aufmerksamkeit wäre vielmehr auf die angedeutete Ordnung dieser Gesellschaft zu richten. Die Politik verneint vehement, dass ihre Ordnung etwas mit Rassismus zu tun habe. Das Phänomen ist aber allgegenwärtig, sonst hätte der Bundespräsident nicht das Wort dazu ergreifen müssen. Warum sonst hat man die Sprache zum Prügelknaben gemacht? Im Folgenden soll dem Tun der Sprachhygieniker noch an einigen Punkten nachgegangen werden.

## Die Vergangenheit - und ihre „Sünden“

Klar, die Praxis des Kolonialismus mit der Jagd auf Afrikaner, die wie `Stücke Vieh´ als Sklaven nach Amerika verfrachtet wurden, ist Vergangenheit. Der Grund für die damalige Praxis bestand in dem unersättlichen Hunger nach Arbeitskräften, den es in den Gruben zum Abbau von Bodenschätzen und auf den großen Flächen der Plantagenbesitzer des aufstrebenden Kapitalismus – nicht nur auf dem amerikanischen Kontinent – gab, und der den kapitalistischen Mächten zugutekam. Die millionenfache Importware Sklave war geschaffen, heutige Begriffe wie „Gastarbeiter“, „Migrant“ oder „Flüchtling“ kannte noch niemand. Heute machen sich die aus ihrer persönlichen Abhängigkeit in die Freiheit Entlassenen, aber in ihrer Existenz durch Hunger und Elend bedrohten Menschen ganz „freiwillig“ (nur dem Zwang der Verhältnisse folgend) auf den Weg in die Metropolen. Sklavenhändler sind out! Sklavenarbeit aber ist, wie die UN-Berichte dokumentieren, nicht ausgestorben.

Die Entstehung des „Weltmarkts“, heute als Globalisierung bekannt, war gekennzeichnet durch die Zurichtung ganzer Kontinente als Kolonien für die aufstrebenden kapitalistischen Mächte, eingeschlossen darin waren Vertreibung und Terror bis hin zu Massakern an der eingeborenen Bevölkerung. Der Stempel „wertlos“ wurde ihr aufgedrückt, amtlich und aus wissenschaftlicher Sicht waren es „Untermenschen“ oder „Wilde“. Auch das ist Vergangenheit! Die Kolonien sind unter strenger Beobachtung dominanter Staaten in die Unabhängigkeit entlassen worden, was durch viel oder weniger Gewalt passierte.

Die oft gepriesene „nationale Unabhängigkeit“ wurde Realität, herausgekommen sind unbrauchbare Völkerscharen, von denen nur ein geringer Teil zum Abtransport der Bodenschätze für die herrschenden Weltmarktmächte benutzt wird. Das Gros vegetiert vor sich hin, Millionen Hungertote werden gezählt. Diejenigen, die nicht verhungern und trotz ihrer Unbrauchbarkeit bzw. Tagelöhneri das Geld und den Willen aufbringen, machen sich auf den Weg in die Metropolen.



*Platz der Unabhängigkeit in Ghana*

*Ghana wurde am 6.3.1957 vom Vereinigten Königreich unabhängig*

*Bild von [Oladapo Olusola](#) auf [Pixabay](#)*

Einige Jahre nach dem 1. Weltkrieg waren die Drangsale für die deutsche Nation durch den „Schandvertrag von Versailles“ nicht mehr auszuhalten. An die Macht gelangt, entdeckte Hitler in „seinem Volk“ die Bedrängnis durch ein feindliches Volk, das der Juden, und durch andere „Volksfeinde“ wie Sinti und Roma, Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter.. Dieses politisch äußerst folgenreiche Hirngespinnst, mit dem der Nationalsozialismus



den industriellen Massenmord von 6 Millionen Juden rechtfertigte, und dem die kriegerische Eroberung des „Lebensraum im Osten“ folgte - begründet mit dem Feindbildern des „Weltjudentums“ und des „Bolschewismus“ - mit 27 Millionen Opfern in der SU. Das „dunkelste“ Kapitel der Geschichte ist ebenfalls geschlossen. Der Gewaltakt wird als unpolitischer „Bruch“ der deutschen Geschichte eingeordnet. Singulär, die Tat eines Verbrechers, er und seine Mannschaft hinterlistige Volksverführer, so die offizielle Einordnungen. „Die bis heute geltende deutsche Rechtsprechung zum Holocaust kennt nur drei Täter“ ([www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 11/21).

### **Die Gegenwart - Ungarn und die Roma ...**

Mit dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen stellten sich im Land der Magyaren für die Minderheit der Roma bald die bekannten Formen von Arbeitslosigkeit und Verarmung ein. Der Antiziganismus-Forscher M. End beschreibt sie als eine vor der Abschaffung der Staatsökonomie „verhältnismäßig gut integrierte Mittelschicht, häufig mit Immobilienbesitz“ ([www.pestertloyd.net](http://www.pestertloyd.net) 2009). Damals gab es eine Roma-Quote in den Betrieben, 85 % standen in Lohn und Brot, davon „waren ca. 70 % in der Bauindustrie beschäftigt“ ([www.faz.net](http://www.faz.net) 3/2011). Nach der „Wende“ bereichern sie die Arbeitslosenstatistik um ca. 300.000 Fälle, leben nun unter erbärmlichen Verhältnissen vom Sozialstaat und von „Beschaffungskriminalität.“ Forscher wie M. End und K.- M. Bogdal „gehen davon aus, dass die meisten Menschen, die Sinti und Roma ablehnen“, diese gar nicht kennen.

Der Antiziganismus, eine Form des Rassismus, hat rein gar nichts mit persönlichen Erfahrungen zu tun, beruht vielmehr „auf Projektionen der Mehrheitsgesellschaft“ ([www.dw.com](http://www.dw.com) 7/14). Bekannt ist dieses Phänomen aus den neuen Bundesländern – dort, wo kaum Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es eine große Zahl ausländerfeindlich gesonnener Menschen. Nicht nur in V. Orbans Regierung, vielmehr auch in anderen Ländern wird proklamiert, kein „Einwanderungsland“ ([www.balatonzeitung.info](http://www.balatonzeitung.info) 11/21) werden zu wollen. Wie üblich ist die Berufungsinstanz der „Willen des ... Volkes“, dem sie ja nur zu Diensten sind.

Dazu braucht's keine mörderischen Rassengesetze, die Arbeit nur für das wahre Volkstum vorsahen, Minderheiten ins KZ sperrten und umbrachten. Auch die demokratisch verwaltete Marktwirtschaft produziert beachtliche Zahlen völkisch motivierten Denkens, Widerstände und auch Taten. Also keine Marginalität, sondern ein Ergebnis dieser Verhältnisse.

### **... und das „Massengrab Mittelmeer“**

Das aufgeführte Beispiel ist mit einem „Volk“, „Staatsvolk“, ehemals einer „Volksgemeinschaft“, befasst. Die Menschen scheiden sich in die, die dazugehören, und diejenigen, die davon ausgeschlossen sind. Auch hier die Sortierung nach Wertvollen, die diese Sorte Mensch, die Anderen, partout nicht hier haben wollen! Die weniger Wertvollen bringen keinen Nutzen. Ausnahmen richten sich nach den Bedarfen der Wirtschaft, auf diese Weise ka-

men die „Fremdarbeiter“ ins Land und wurden mittels Prämien zur Rückkehr angehalten. Heute sollen Geflüchtete den in Zahlen festgelegten Fachkräftemangel beheben. Nach 8 Jahren mit einigen Schikanen können sie dann durch einen Pass zu „Deutschen mit Migrationshintergrund“ werden.

Wenn ein Mitglied der politischen Klasse, so der Bundespräsident, sich gegen Rassismus und den darin enthaltenen Terror gegen Fremde positioniert, mangelt es da nicht an inhaltliche Kritik? War nicht die SPD Teilhaber der Macht, als das Asylgesetz reformiert wurde? Hat sie nicht die Grenzüberwachungsagentur Frontex mit geschaffen, die jetzt mit „Push-Backs“ von Flüchtlingen für Negativschlagzeilen sorgt? Außerdem werden Drittstaaten mit Millionen dazu zu bewegt, Flüchtlingsrouten zu kappen und die Flüchtenden in Lagern zu konzentrieren.



Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#)

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler S. Kurz hatte sich zu den Seenotrettungsaktionen im Mittelmeer in der Weise geäußert: „`Sophia´ war vor allem eine Rettungsaktion [ja was denn sonst?], die für Tausende illegale Migranten zum Ticket nach Europa wurde" ([www.t-online.de](http://www.t-online.de) 2/20) und damit zu zusätzlichen Toten im Mittelmeer geführt habe, weil noch mehr von ihnen dadurch angezogen wurden. Eine Argumentation, die wohl darauf hinausläuft, dass man sie hätte ertrinken lassen sollen? Das hätte dann auf weitere Menschen, die vor unerträglichen Lebensumständen fliehen wollen, abschreckend gewirkt.

Das fürs Nationale nötige „Wir“ ist dann die Konsequenz: Die Lasten wollen „wir uns“ nicht aufbürden, die haben hier nichts zu suchen. Wenn die sich trotzdem auf den Weg machen, läge die Schuldfrage doch auf der Hand? Ein haarsträubender Zynismus!

## Resümee

Die im Sinne der Sprachaktivisten geführten Umbenennungsaktionen haben – auch wenn es auf der Sprachebene einige Erfolge gibt - an den tatsächlichen sozialen Zuständen, in denen weiterhin Rassismus herrscht, nichts geändert. Was sind denn die Änderungen? Als erfolgreicher Antirassismus soll etwa die nach Protesten in den sozialen Medien erfolgte Umbenennung von „Zigeunersauce“ in „Paprikasoße ungarischer Art“ durch den Konzern Unilever gelten. Auch in den Kinderbüchern von A. Lindgren hat die Sprachhygiene einen Sieg davon getragen, der „N-Wort-König“ wurde nämlich in „Südseekönig“ umgeändert. Ob Schüler wegen der umbenannten Lektüre mit ihrem gemeinen Arsenal von Beschimpfungen gegeneinander Schluss machen, ist allerdings fraglich.

Bogdal kommt in seinem Buch "Europa erfindet die Zigeuner - Eine Geschichte von Faszination und Verachtung" zu folgendem Schluss. Das Ankommen der ersten Roma-Gruppen in Europa, war die „Zeit als sich Nationalstaaten bildeten“, in den Minderheiten als „Zugewanderte und Fremde ausgegrenzt und verfolgt wurden“ ([www.dw.com](http://www.dw.com) 7/14). Mit der Bildung von Nationalstaaten ging die Grenzziehung und -befestigung einher, nicht willkommene Eindringlinge wurden getötet oder verjagt.

Kriege werden damals wie heute noch um den Raum mit seinen natürlichen Ressourcen geführt. Geopolitik der US-Weltmacht mit ihren Kriegskoalitionen hat in den zu befriedenden Staaten vielfach für Flucht und Vertreibung gesorgt.

Der Freizügigkeit der offenen Grenzen im EU-Raum steht an den EU-Außengrenzen die „Festung Europa“ als Schutzwall gegenüber. Die menschlichen Dramen, die sich brandaktuell an der polnisch-belarussischen Grenze abgespielt haben, werden mit noch höheren Grenzzäunen beantwortet.

In dem dadurch angerichteten Elend werden heute wie früher unzählige Menschen schlicht `abgeschrieben´. Dieser Rassismus der Wertvollen im Nationalstaat, der die Minderwertigen ausgrenzt, als ein Problem der Sprache vorzuführen, führt – wie hier an einigen Beispielen deutlich gemacht werden sollte – schlichtweg auf einen Holzweg.



---

### **Über den Autor**

Frank Bernhardt (\*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, anschließend Studium und Abschluss zum VR-Lehrer, dann Junglehrer an einer Hamburger Förderschule mit Abschluss des 2. Staatsexamens, kurz darauf Sonderpädagogisches Aufbaustudium mit Abschluss, 40-jährige Tätigkeit an Förderschulen und mehrjährige im Personalrat VR So sowie im Schul-P, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz), im Magazin AUSWEGE und im GEWerkchaftsMAGAZIN.

#### **Kontakt:**

Bernhardt@alstersite.de